

Begründungsprobleme.
Zur Debatte über das Marxsche
„Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate“

Michael Heinrich

Probleme des Beweisens und des Widerlegens

Das von Marx im dritten Buch des „Kapitals“ dargestellte „Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate“ gehört bis heute zu den am meisten umstrittenen Teilen der Marxschen Ökonomiekritik. Dabei streiten sich allerdings weniger Marxisten mit Marx-Kritikern, weitaus häufiger argumentieren alle Beteiligten auf der Grundlage der Marxschen Theorie. Dies ist wenig verwunderlich, halten doch die meisten Marx-Kritiker bereits die Marxsche Werttheorie für widerlegt, so dass sie sich um Resultate, die auf ihrer Grundlage formuliert werden, nicht mehr zu kümmern brauchen.

Dass der innermarxistische Streit so heftig war (und ist), liegt an der Bedeutung, die dem Profitratengesetz vor allem von denen zugeschrieben wird, die es verteidigen. Für sie ist es in der Regel die wichtigste Grundlage der Marxschen Krisentheorie oder gar einer Tendenz zum krisenhaften Zusammenbruch des Kapitalismus. Ohne dieses Gesetz gibt es für sie keinen zwingenden Grund für die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus. Würde dies aber zugegeben, so die häufige Folgerung, dann gäbe es auch keine „objektive Notwendigkeit“ mehr den Kapitalismus zu überwinden, sondern allenfalls noch eine subjektiv moralische. Für viele, die das Marxsche Gesetz verteidigen, geht es daher nicht nur um die Schlüssigkeit einer bestimmten Analyse, ihnen scheint mit der Kritik an diesem Gesetz auch der politische Boden weggezogen zu werden. Allerdings lässt sich nicht nur das Marxsche Profitratengesetz sondern auch die unterstellte enge Verbindung von Gesetz und Marxscher Krisentheorie bestreiten. Ist die Krisentheorie von jenem Gesetz unabhängig, dann wäre es weit weniger dramatisch dieses Gesetz aufzugeben, als seine Verteidiger gewöhnlich annehmen.

Die Argumente, mit denen die Marxsche Begründung des Profitratengesetzes kritisiert wird, sind relativ einfach. Die Versuche, diesen Argumenten zu entgehen, führen in der Regel zu eher komplizierten Konstruktionen. Dabei wird dann häufig das Profitratengesetz unter Bedingungen „bewiesen“, die von den bei Marx unterstellten erheblich abweichen, so dass es gar nicht das *Marxsche* Gesetz ist, das bewiesen wurde. In anderen Fällen gehen in die Argumentation scheinbar selbstverständliche Annahmen ein, die aber problematische und keineswegs selbstverständliche Voraussetzungen haben, die also erst noch begründet werden müssten. Oder es werden die Konsequenzen des eigenen Arguments nicht berücksichtigt, die Argumentation bricht einfach an einem genehmen Punkt ab, ohne sich um Folgerungen aus den eigenen Argumenten zu kümmern, die das gewünschte Resultat in Frage stellen.

Viele Verteidiger des Marxschen Gesetzes scheinen sich über die Schwierigkeit ihrer Aufgabe nicht ganz im klaren zu sein. Argumentationsstrategisch befinden sich Verteidiger und Kritiker des Gesetzes in einer *asymmetrischen* Position. Die Kritiker müssen lediglich nachweisen, dass es Konstellationen gibt, unter denen die Profitrate nicht fällt bzw. steigt. So lange die Kritiker ihrerseits nicht ein „Gesetz des tendenziellen Steigens der Profitrate“ beweisen wollen, müssen sie nicht nachweisen wie häufig oder wie wahrscheinlich solche Konstellationen sind. Dies ist vielmehr Aufgabe der Verteidiger dieses Gesetzes. Es reicht nicht aus plausibel zu machen, dass die Profitrate fallen *kann*. Um das Marxsche Gesetz zu beweisen, muss gezeigt werden, dass sich die Faktoren, die auf einen Fall der Profitrate hinwirken auch tatsächlich durchsetzen. Dafür genügt es aber nicht, lediglich zu zeigen, dass die entgegenstehenden Faktoren im Laufe der Entwicklung *schwächer* werden. Es muss dann immer noch gezeigt werden, dass die auf einen Fall hinwirkenden Faktoren *tatsächlich stärker* sind, als die schwachen, dem Fall entgegenstehenden Faktoren, es muss also in jedem Fall ein *Vergleich* der wirkenden Kräfte unternommen werden und dieser Vergleich gestaltet sich als außerordentlich schwierig.

Mit dem Marxschen Profitratengesetz beschäftigt sich auch der Beitrag von Christoph Henning im „Marx-Engels Jahrbuch 2005“.¹ Dort ebenso wie in seinem Buch „Philosophie nach Marx“² unternimmt er eine entschiedene Ver-

¹ Christoph Henning: Übersetzungsprobleme. Eine wissenschaftstheoretische Plausibilisierung des Marxschen Gesetzes vom tendenziellen Fall der Profitrate. In: Marx-Engels Jahrbuch 2005. Berlin 2006 (im Folgenden: Übersetzungsprobleme). S. 63–85.

² Christoph Henning: Philosophie nach Marx. 100 Jahre Marx-Rezeption und die normative Sozialphilosophie der Gegenwart in der Kritik. Bielefeld 2005 (im Folgenden: Philosophie nach Marx).

teidigung dieses Gesetzes, das er für das „Kernstück der Marxschen Krisentheorie“ hält.³ Die von Henning benutzten Argumente sind keineswegs neu, er hat ziemlich viel von dem gesammelt, was in den letzten Jahrzehnten vorgebracht wurde, ohne diese Begründungen allerdings auf ihre Schlüssigkeit hin zu diskutieren. Die Diskussion der von Henning angeführten Argumente kann daher gut deutlich machen, wo die Defizite in der Begründung des Profitratengesetzes liegen.

Wenn, wie ich oben angemerkt habe, die Einwände gegen die Marxsche Begründung des Gesetzes relativ einfach sind, drängt sich die Frage auf, warum sie von Marx selbst nicht gesehen wurden. Darauf ist einerseits zu erwidern, dass die heutige einfache Formulierung der Kritik, erst das Resultat einer anhaltenden Diskussion über dieses Gesetz ist. Es ist hier wie in anderen Wissenschaften auch: dass die Relativitätstheorie heute sehr einfach zu formulieren ist, besagt noch lange nicht, dass ihre Entdeckung eine einfache Angelegenheit war. Andererseits war Marx mit seinem Forschungsprozess noch längst nicht am Ende, das „Kapital“ blieb ein unvollendetes Werk. Was wir als dritten Band des „Kapitals“ kennen, ist ein von Engels herausgegebenes Zwischenresultat dieses Forschungsprozesses. Ein im ersten Band des „Kapitals“ entwickeltes Argument, das die von Marx im Manuskript zum dritten Buch angeführte Begründung grundsätzlich in Frage stellt, wird dort noch überhaupt nicht berücksichtigt (vgl. dazu Abschnitt 7). Dies hätte sich bei einer endgültigen Bearbeitung – vielleicht – geändert. Dass Marx mit seiner Darstellung des Profitratengesetzes keineswegs zufrieden war, geht allerdings auch aus dem vorliegenden Text deutlich hervor: mehrfach folgt ein neuer Anlauf zu einem Beweis, nachdem er gerade noch betont hatte, dass die Sache jetzt aber doch endgültig geklärt sei. Dies wird im Marxschen Originalmanuskript, das in MEGA[®] II/4.2 veröffentlicht ist, noch deutlicher als in der eher geglätteten Edition von Engels. Auch ein anderer Punkt kommt im Originalmanuskript deutlich zum Vorschein: Marx hat keineswegs eine so enge Verbindung von Krisentheorie und „Gesetz“ gesehen, wie die Engelssche Edition nahe legt und wie von vielen Marxisten angenommen wurde. Nicht nur in diesem Punkt hat die MEGA[®] neues Licht auf alte Probleme geworfen.

³ Henning: Übersetzungsprobleme. S. 69.

Der kategoriale Status des Gesetzes in der Marxschen Darstellung

Als Marx Mitte der 1860er Jahre seine Überlegungen zum „Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate“ niederschrieb, galt es in der klassischen politischen Ökonomie, die zu dieser Zeit gerade noch „herrschende Lehre“ war⁴, als eine ausgemachte Tatsache, dass die gesellschaftliche Durchschnittsprofitrate langfristig fällt. Darauf wiesen die bekannten Daten hin.⁵ Daher hatten sowohl Adam Smith als auch David Ricardo auf jeweils unterschiedliche Weise bereits zu begründen versucht, dass der empirisch zu beobachtende Fall der Profitrate, kein bloß vorüber gehendes Phänomen war, sondern aus inneren Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung des Kapitalismus resultierte.

Adam Smith hatte argumentiert, dass mit zunehmendem Kapital die Konkurrenz verstärkt werde, was die Kapitalisten dazu zwingen würde, geringere Profite in Kauf zu nehmen. Dabei sah er aber nicht etwa steigende Löhne als Ursache der sinkenden Profitrate, sondern die *Konkurrenz* selbst: In einem Land mit reichlich Arbeitskräften und reichlich Kapital würde die Konkurrenz der Arbeitskräfte den Lohn herunterdrücken und die Konkurrenz der Kapitalbesitzer den Profit.⁶

Die Argumentation von Smith ist nicht besonders plausibel. Zwar kann ein *einzelner* Kapitalist, um seine Konkurrenzposition zu verbessern, den Markt-

⁴ Die „marginalistische Revolution“, die den Boden für die heute herrschende „Neoklassik“ schuf, begann erst in den 1870er Jahren mit den Werken von William Stanley Jevons, Carl Menger und Léon Walras; sie setzte sich dann aber innerhalb von nur zwei Jahrzehnten nahezu vollständig durch, so dass Alfred Marshall 1890 eine neue wirtschaftswissenschaftliche Orthodoxie formulieren konnte, die sogar den Namen der Wissenschaft änderte: aus „Political Economy“ wurde „Economics“.

⁵ Wobei allerdings berücksichtigt werden muss, dass es zu dieser Zeit noch längst keine mit der heutigen auch nur entfernt vergleichbare wirtschaftliche Statistik gab. Marx war einer der ersten, der sich um eine solide Datenbasis bemühte: während der Krise von 1857/58 verfasste er nicht nur die „Grundrisse“, in seinem „Book of Crisis“ sammelte und kommentierte er Wirtschaftsdaten für die wichtigsten kapitalistischen Länder, die er aus Zeitungen und offiziellen Berichten entnahm (siehe dazu Klaus-Dieter Block, Rolf Hecker: Das „Book of the Crisis of 1857“ von Karl Marx. In: Beiträge zur Marx Engels Forschung Neue Folge 1991. Studien zum Werk von Marx und Engels. Hamburg 1991. S. 89–102). Diese Materialien werden erstmals in der MEGA² als Band IV/14 veröffentlicht werden.

⁶ „In a country fully stocked in proportion to all the business it had to transact, as great a quantity of stock would be employed in every particular branch as the nature and extent of the trade would admit. The competition, therefore, would everywhere be as great, and consequently the ordinary profit as low as possible.“ Adam Smith: An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations. Vol. 1. Oxford 1979. S. 111. (The Glasgow Edition of the Works and Correspondence of Adam Smith 2, edited by R. H. Campbell and A. S. Skinner.)

preis seiner Ware senken und sich mit einem niedrigeren Profit zufriedengeben. Wenn aber die Mehrheit der Kapitalisten so handelt, dann werden die Marktpreise *aller* Waren sinken und damit auch die Kosten der Unternehmen, was die Profite wieder vergrößert. Dass *allgemeine* Preissenkungen, die *allgemeine* Profitrate automatisch vermindern, ist ein Trugschluss, der auf einer unzulässigen Verallgemeinerung der Situation eines Einzelkapitals beruht.⁷

Die Smithsche Begründung des Profitratenfalls wurde schon von David Ricardo kritisiert.⁸ Ricardo ging davon aus, dass abgesehen von einigen Ausnahmefällen, die allgemeine Profitrate nur fallen könne, wenn die Löhne steigen würden. Da mit wachsender Bevölkerung immer mehr Lebensmittel benötigt werden, nahm Ricardo an, dass immer schlechtere Ackerböden bebaut werden müssten, wodurch der Kornpreis steigen würde. Da die Löhne die Reproduktionskosten der Arbeitskräfte decken müssten, würden mit den Lebensmittelpreisen auch die Löhne steigen, was die Profite vermindern würde. Von den steigenden Kornpreisen würden die Kapitalisten nämlich nicht profitieren: auf den schlechtesten Böden seien die Produktionskosten hoch, auf den besseren Böden fließen die im Vergleich zu den schlechteren Böden eingesparten Produktionskosten als Rente an die Grundeigentümer.⁹

Marx hielt dieser Argumentation entgegen, dass es auch in der Landwirtschaft zu Produktivitätssteigerungen kommen könne, so dass der Kornpreis nicht steigen sondern sogar fallen könne. Die Möglichkeit landwirtschaftlicher Produktivitätssteigerungen waren für Ricardo allerdings nicht so deutlich sichtbar wie für Marx: Letzterer war ein Zeitgenosse von Justus von Liebig, dessen chemische Entdeckungen die landwirtschaftliche Produktion revolutionierten.¹⁰

⁷ Ein methodisch ganz ähnliches Problem hat auch die Neoklassik. Ihre Standardempfehlung zum Abbau von Arbeitslosigkeit ist Lohnsenkung. Dabei wird in den Modellen zwar immer von einer Reallohnsenkung ausgegangen, da am Arbeitsmarkt aber nicht über Reallöhne verhandelt wird sondern über Nominallohne, wird eine Senkung der Tariflöhne (oder der Lohnnebenkosten) empfohlen. Dadurch soll die Nachfrage der Unternehmen nach Arbeitskräften gesteigert werden. Dagegen wandte schon Keynes ein, dass eine Senkung der Nominallohne keineswegs automatisch zu einer Senkung der Reallöhne führen würde: eine *allgemeine* Senkung der Nominallohne würde zu einer Verminderung sowohl der Nachfrage wie auch der Kosten der Unternehmen führen. Unter Konkurrenzbedingungen werden die Unternehmen auf den Nachfrageausfall mit Preissenkungen reagieren, für die sie aufgrund der Kostensenkungen auch die Möglichkeit haben. Allgemeine Lohnsenkungen, so die Folgerung von Keynes, würden daher nicht zu einer höheren Nachfrage nach Arbeitskräften sondern lediglich zu einer Senkung des Preisniveaus führen. (John Maynard Keynes: *The General Theory of Employment, Interest and Money*. London 1973. S. 10–12. (The collected Writings of John Maynard Keynes. Vol. VII.)

⁸ David Ricardo: *On the Principles of Political Economy and Taxation*. Cambridge 1951. S. 289–300. (The Works and Correspondence of David Ricardo. Edited by Piero Sraffa. Vol. I.)

⁹ Ebenda. S. 110–127.

¹⁰ Ausführlich kritisiert Marx Ricardos Rententheorie an mehreren Stellen der „Theorien über den

Marx war also nicht der erste, der einen langfristigen Fall der Profitrate als Resultat einer inneren Gesetzmäßigkeit des Kapitalismus behauptete. Er beanspruchte aber als erster eine schlüssige Begründung für dieses Gesetz gefunden zu haben.¹¹ Am ausführlichsten entwickelte Marx seine Überlegungen in dem 1864/65 entstandenen Hauptmanuskript zum dritten Buch des Kapital, das in MEGA[®] II/4.2 veröffentlicht ist.¹² Dieses Manuskript legte auch Engels seiner Edition des dritten Bandes des „Kapital“ zugrunde, die in MEGA[®] II/15 bzw. Marx-Engels-Werke (MEW) Band 25 enthalten ist. Gegenüber dem Marxschen Originaltext weist die Engelssche Ausgabe allerdings eine ganze Reihe von nicht unerheblichen Textveränderungen und Umstellungen auf, auch ein Großteil der Untergliederung stammt von Engels.¹³

Dem „Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate“ ist das dritte Kapitel des Marxschen Manuskriptes gewidmet. Da Engels die sieben Marxschen Kapitel

Mehrwert“, siehe vor allem Karl Marx: Zur Kritik der politischen Ökonomie (Manuskript 1861–1863). MEGA[®] II/3.3 S. 880–968; MEW. Bd. 26.2 S. 235–328; zur Kritik an Ricardos Begründung des Profitratenfalls siehe ebenda. MEGA[®] II/3.3 S. 1063–1093; MEW. Bd. 26.2. S. 440–470.

¹¹ Marx betont, dass es „aller bisherigen Politischen Oekonomie“ nicht gelungen sei, den Profitratenfall zu begründen. „Sie sah das Phänomen und quälte sich in widersprechenden Versuchen ab es zu deuten.“ (Karl Marx: Ökonomische Manuskripte 1863–67 Teil 2. Das Kapital. Drittes Buch. MEGA[®] II/4.2 (im Folgenden: Das Kapital. Drittes Buch). S. 288; MEW. Bd. 25. S. 223.)

¹² Zum dritten Buch existieren noch weitere, meist kürzere Manuskripte sowie ein längeres über das mathematische Verhältnis von Mehrwertrate und Profitrate. Diejenigen Marxschen Manuskripte zum dritten Buch, die in den 1870er Jahren entstanden sind, wurden bereits zusammen mit Engels Redaktionsmaterialien zum dritten Buch in MEGA[®] II/14 veröffentlicht. Weitere Marxsche Manuskripte aus der zweiten Hälfte der 1860er Jahre werden in MEGA[®] II/4.3 veröffentlicht werden. Allerdings geht es bei allen diesen Manuskripten nicht mehr um das „Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate“, so dass sie hier unberücksichtigt bleiben können.

¹³ Siehe zu diesen Veränderungen Carl-Erich Vollgraf, Jürgen Jungnickel: Marx in Marx' Worten? Zu Engels' Edition des Hauptmanuskriptes zum dritten Buch des ‚Kapitals‘. In: MEGA-Studien 1994/2. Berlin 1995. S. 3–55; Michael Heinrich: Engels' Edition of the Third Volume of 'Capital' and Marx's Original Manuscript. In: Science & Society. Vol. 60. No 4. Winter 1996/97. S. 452–466. MEGA[®] II/15 ist die erste Ausgabe der Engelsschen Edition die diese Veränderungen im Textapparat nahezu vollständig nachweist und damit auch einen wesentlichen Fortschritt gegenüber der Ausgabe in MEW. Bd. 25 bedeutet (siehe zu MEGA[®] II/15 meine Rezension in: Das Argument 258, 46. Jg., Heft 6. S. 396–400). – Betont man die Differenzen zwischen dem Marxschen Manuskript und der Engelsschen Edition, so geht es dabei nicht um ein ‚Engels-Bashing‘. Engels tat das beste, was er zu seiner Zeit und mit seinen Möglichkeiten tun konnte, er versuchte einen für die Zeitgenossen lesbaren und in den politischen Auseinandersetzungen der Arbeiterbewegung verwendbaren Text herzustellen. Will man sich heute jedoch wissenschaftlich mit der Marxschen Argumentation auseinandersetzen, dann muss man diese Differenzen zwischen Originalmanuskript und Edition genau zur Kenntnis nehmen.

in sieben Abschnitte verwandelte, ist dies in der Engelsschen Edition der dritte Abschnitt. Im Marxschen Manuskript ist dieses dritte Kapitel nicht weiter untergliedert. Engels teilte den dritten Abschnitt in drei Kapitel (die Kapitel 13–15), wobei er insbesondere in Kapitel 15 eine Reihe von Umstellungen und Streichungen vornahm, während die beiden ersten Kapitel sehr eng dem Marxschen Original folgen. Auch entsprechen die von Engels gewählten Überschriften für die Kapitel 13 und 14 sehr gut der Zweiteilung der Marxschen Argumentation. Ganz wie von Engels in diesen Überschriften herausgestellt wurde, unterscheidet Marx das „Gesetz als solches“ von den „Entgegenwirkenden Ursachen“. Marx will zunächst darstellen, warum es überhaupt eine Tendenz zum Fall der Profitrate gibt. Anschließend diskutiert er eine Reihe von Faktoren, die diesem Fall entgegenwirken, ihn aufhalten und ihn sogar in ein vorübergehendes Steigen verwandeln können.

Bei beiden Argumentationsschritten bewegt sich Marx auf der Ebene der Darstellung des „idealen Durchschnitts“ der kapitalistischen Produktionsweise. Bereits im Vorwort zum ersten Band des „Kapitals“ hatte Marx hervorgehoben, dass es ihm nicht auf die Analyse eines einzelnen Landes oder einer bestimmten Epoche der kapitalistischen Entwicklung ankomme, sondern auf die „Gesetze selbst“, die dieser Entwicklung zugrunde liegen.¹⁴ Den Gegenstand seiner Darstellung charakterisierte Marx am Ende des Manuskriptes zum dritten Buch als „die innere Organisation der kapitalistischen Produktionsweise, so zu sagen in ihrem idealen Durchschnitt“¹⁵. Bei der Darstellung dieses „idealen Durchschnitts“ sollen keine besonderen, nur vorübergehenden Momente berücksichtigt werden, sondern nur das, was für einen entwickelten Kapitalismus typisch ist.¹⁶ Um das „Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate“ zu begründen, unterstellt Marx daher keine besonderen Marktformen oder Konkurrenzbedingungen sondern lediglich die kapitalistische Produktivkraftentwicklung über den zunehmenden Einsatz von Maschinerie. Dies ist die typische Art und Weise der Produktivkraftentwicklung innerhalb eines entfalteten Kapitalismus. Ist ein auf dieser Abstraktionsebene abgeleitetes Gesetz korrekt, dann muss es für alle entwickelten kapitalistischen Ökonomien gelten. Auch bei den von Marx behandelten „entgegenwirkenden Ursachen“ handelt es sich um Faktoren, die eine große Allgemeinheit aufweisen, die allerdings in

¹⁴ Karl Marx: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band. Der Produktionsprozeß des Kapitals. MEGA[®] II/6 (im Folgenden: Das Kapital. Erster Band). S. 66; MEW. Bd. 23. S. 12.

¹⁵ Karl Marx: Das Kapital. Drittes Buch. MEGA[®] II/4.2. S. 852; MEW. Bd. 25. S. 839.

¹⁶ Dies ist der Marxsche Anspruch an seine eigene Darstellung. Ob er ihn in jedem Einzelfall einlöst, wäre zu prüfen, allerdings ist dies hier nicht das Thema, um das es geht.

verschiedenen Ländern und zu verschiedenen Zeiten sehr unterschiedlich ausgeprägt sein können.

Aufgrund des „Gesetzes als solchen“, so das Marxsche Argument, kommt es zum Fall der Profitrate, der durch die „entgegenwirkenden Ursachen“ vermindert oder sogar zeitweise umgekehrt werden kann; langfristig setzt sich aber die fallende Tendenz durch. Das Zusammenwirken des „Gesetzes als solchen“ und der „entgegenwirkenden Ursachen“ erklärt demnach ganz unterschiedliche Verläufe der Profitrate.

Durch empirische Beobachtungen ist das „Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate“ weder zu beweisen noch zu widerlegen. Jede Beobachtung kann nur eine Aussage über einen zeitlich begrenzten Bereich der Vergangenheit machen. Das Marxsche Gesetz zielt aber auf einen zeitlich unbegrenzten zukünftigen Bereich. Das bloße Faktum, dass sich die Profitrate in der Vergangenheit in bestimmter Weise entwickelt hat, lässt keinen Schluss auf ihre zukünftige Entwicklung zu, weder ist ein Steigen der Profitrate eine Widerlegung des Gesetzes (das Gesetz verlangt keinen monotonen sondern lediglich einen tendenziellen Fall), noch wird es durch ein Sinken der Profitrate bewiesen (denn das Gesetz macht nicht bloß eine Aussage über die Vergangenheit, es formuliert eine Tendenz, die immer existieren soll, so lange es einen entwickelten Kapitalismus gibt). Dass sich das Marxsche Gesetz empirisch weder beweisen noch widerlegen lässt, heißt jedoch nicht, dass dieses Gesetz überhaupt nicht zu prüfen oder zu diskutieren wäre. Die Frage ist allerdings: Wie?

Hennig betonte in seinem Beitrag unter Bezug auf Thomas Kuhn¹⁷ zu recht den paradigmatischen Unterschied zwischen der modernen ökonomischen Theorie und der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie und den daraus resultierenden „Übersetzungsproblemen“. Die im Titel seines Beitrags angekündigte „wissenschaftstheoretische Plausibilisierung“ des Marxschen Gesetzes nimmt er dann in zwei Schritten vor: in einem ersten Schritt will er die Marxschen Grundannahmen gegenüber der herrschenden neoklassischen Lehre plausibel machen, im zweiten Schritt will er zeigen, dass sich aus diesen Grundannahmen tatsächlich das Marxsche Gesetz herleiten lässt.

Obwohl sich Hennig auf Kuhn beruft, versucht er bei seinem ersten Schritt einen einfachen empirischen Angriff auf das neoklassische Paradigma. „Wie soll man nun in einer solchen Auseinandersetzung zwischen Paradigmen entscheiden? Der Streit ist innerhalb eines der beiden Paradigmen nicht zu lösen ... Ein gangbarer Weg ist es daher, die Grundannahmen gegen die erfahrbare Realität zu halten und auf ihre Plausibilität zu prüfen. Ein solcher Test

¹⁷ Thomas Kuhn: Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen. Frankfurt a.M. 1976.

spricht eindeutig für die Marxsche Version“.¹⁸ Die Pointe des Kuhnschen Arguments besteht aber gerade darin, dass *jeder* dieser Vergleiche mit der „erfahrbaren Realität“ stets nur *innerhalb* eines Paradigmas möglich ist: Wir können nicht unabhängig von Paradigmen über eine „erfahrbare Realität“ sprechen. Kuhn hatte gerade betont, dass *zwischen* Paradigmen eine Entscheidung aufgrund empirischer Ergebnisse nicht möglich sei, da Paradigmen überhaupt erst dazu dienen, die empirischen Ergebnisse zu strukturieren. Kuhn machte deutlich, dass es keinen unvermittelten Zugang zu der „erfahrbaren Realität“ gibt, sondern nur einen, der selbst schon durch Paradigmen vermittelt ist. Scheinbar empirische Bestätigungen der Grundannahmen eines Paradigmas überzeugen daher auch nur diejenigen, die dieses Paradigma bereits vorher akzeptierten. Dies wird auch an Hennings „Plausibilisierung“ deutlich. Dieselben krisenhaften Tendenzen, mit denen Henning die Überlegenheit der Marxschen Grundannahmen gegenüber der Neoklassik plausibel machen will, werden von den Neoklassikern als Beleg dafür genommen, dass die realen Märkte eben noch viel zu unflexibel und die staatlichen Eingriffe in die Ökonomie noch viel zu umfangreich sind, womit sie ihre grundlegende These, dass nur flexible, nicht regulierte Märkte optimale Ergebnisse hervorbringen können, glänzend bestätigt sehen. Wenn ein einfacher Blick auf die „erfahrbare Realität“ wirklich genügen würde, um über die Plausibilität der paradigmatischen Grundannahmen zu entscheiden, hätte sich Henning die Diskussion von „Übersetzungsproblemen“ sparen können: Die Vorstellung eines unmittelbaren Vergleichs der theoretischen Grundannahmen mit der „erfahrbaren Realität“ verdankt sich einem naiven Empirismus, der weit hinter die wissenschaftstheoretischen Debatten nicht nur des 20. Jahrhunderts zurückfällt.

Wir müssen diesen Punkt allerdings nicht weiter verfolgen. Denn beim „Gesetz des tendenziellen Falls“ fangen die Probleme keineswegs erst mit der Übersetzung in ein anderes Paradigma an. Dieses Gesetz wurde in der Vergangenheit vor allem *innerhalb* des Marxschen Paradigmas kritisiert. Der innerparadigmatischen Kritik geht es aber darum, ob auf der *akzeptierten* paradigmatischen Grundlage, die Herleitung des Gesetzes in schlüssiger Weise erfolgen kann oder nicht, einem Thema, dem sich auch Henning in seinem zweiten Schritt zuwendet. Um diese innerparadigmatische Auseinandersetzung soll es im Folgenden gehen.

¹⁸ Henning: Übersetzungsprobleme. S. 75.

Bedingungen, unter denen das „Gesetz“ gelten soll

Bei der Diskussion des „Gesetzes“ sind zwei unterschiedliche Punkte auseinander zu halten. Der eine ist das Verhältnis des „Gesetzes als solchem“ zu den „entgegenwirkenden Ursachen“. Marx zählt als entgegenwirkende Ursachen eine Reihe von unterschiedlichen Faktoren auf, gesteht auch zu, dass diese Faktoren vorübergehend eine Steigerung der Profitrate bewirken können, behauptet jedoch, dass sich langfristig die fallende Tendenz durchsetzen werde. Die Begründungen dafür, warum dies langfristig *immer* so sein muss, bleiben jedoch vage. Wenn Marx keine solche Begründung gibt, heißt es nicht, dass es sie nicht gibt. Man könnte daher bei jeder einzelnen der entgegenwirkenden Ursachen ihre langfristige Relevanz diskutieren.

Davon zu unterscheiden ist jedoch der zweite Punkt, eine Diskussion der Argumente, die Marx für einen Fall der Profitrate anführt, noch *bevor* er auf die „entgegenwirkenden Ursachen“ zu sprechen kommt, also das, was Engels im 13. Kapitel seiner Ausgabe unter der Überschrift „Das Gesetz als solches“ präsentiert. Wenn sich bereits auf dieser Ebene Probleme zeigen, dann müssen die entgegenwirkenden Ursachen gar nicht mehr diskutiert werden. Im folgenden wird es um diesen zweiten Punkt gehen.

Für Marx ist der Fall der Profitrate „nur ein der capitalistischen Produktionsweise eigentümlicher Ausdruck für die fortwährende Entwicklung der *gesellschaftlichen Produktivkraft der Arbeit*“¹⁹. Die spezifisch kapitalistische Produktivkraftentwicklung hatte Marx bereits im ersten Band des „Kapitals“ bei der Behandlung der Produktion des relativen Mehrwerts dargestellt. An diese Darstellung knüpft Marx im dritten Buch an.

Im ersten Band hatte Marx argumentiert, dass Produktivkraftsteigerungen zur Verbilligung von Waren führen. Handelt es sich bei diesen Waren um Konsumtionsmittel, dann vermindern sich auch die Reproduktionskosten der Arbeiterhaushalte, so dass der Wert Arbeitskraft sinkt. Damit nimmt die „notwendige Arbeitszeit“, d. h. der Teil des Arbeitstages, den die Arbeiter und Arbeiterinnen zur Reproduktion des Werts ihrer Arbeitskraft benötigen, ab, so dass, auch bei unveränderter Länge des Arbeitstages, die Mehrarbeitszeit der einzelnen Arbeitskraft und damit die Mehrwertrate zunimmt. Eine derartige Steigerung des Mehrwerts bezeichnete Marx als Produktion von „relativem Mehrwert“.

¹⁹ Hervorhebung im Marxschen Manuskript: Das Kapital. Drittes Buch. MEGA[®] II/4.2. S. 287; MEW. Bd. 25. S. 223.

Marx betont im 10. Kapitel des ersten Bandes, dass das Motiv eines Kapitalisten, der eine Produktivkraftsteigerung einführt, keineswegs darin besteht, den Wert der Ware Arbeitskraft zu senken.²⁰ Dieser Effekt stellt sich erst längerfristig und als Resultat der in verschiedenen Branchen erhöhten Produktivkraft ein. Die Produktivkraft wird vielmehr gesteigert, um billiger als die Konkurrenz zu produzieren, so dass beim Verkauf der Produkte zum bisherigen Marktwert ein „Extramehrwert“²¹ erzielt wird. Selbst wenn geringfügig unter dem Marktwert verkauft wird, um einen höheren Absatz zu erzielen, verbleibt noch so lange ein Extramehrwert, wie die Differenz zum Marktwert geringer ist als die Kostensenkung. Die Jagd nach dem „Extramehrwert“ oder wie wir auf der Darstellungsebene des dritten Buches formulieren können, nach einem überdurchschnittlichen Profit, ist für Marx das zentrale Motiv des einzelnen Kapitalisten zur Einführung einer Produktivkraftsteigerung.

Durch den Verkauf unter dem Marktwert setzt das Einzelkapital, das die Produktivkraftsteigerung eingeführt hat, seine Konkurrenten unter Druck: um nicht aus dem Markt geworfen zu werden, müssen sie ebenfalls billiger verkaufen und dazu müssen sie billiger produzieren. Die Produktivkraftsteigerung wird sich deshalb verallgemeinern, was dazu führt, dass sich ein neuer, niedrigerer Marktwert herausbildet, womit der Extramehrwert verschwindet: Die früher überdurchschnittliche Produktivität bildet jetzt den neuen Durchschnitt.

Es sind also zwei Prozesse zu unterscheiden: *Erstens* die Jagd nach Extramehrwert, die beständig zu Produktivkraftsteigerungen führt. Dieser Extramehrwert verschwindet, wenn sich die Produktivkraftsteigerung verallgemeinert hat und der Wert der produzierten Ware gesunken ist. *Zweitens* eine Senkung des Werts der Ware Arbeitskraft, nicht allein aufgrund des gesunkenen Werts dieser einen Ware, sondern als Resultat der Produktivkraftsteigerung in mehreren Branchen. Der gesunkene Wert der Ware Arbeitskraft ist ein längerfristiger Effekt, der sich in einer Steigerung der Mehrwertrate ausdrückt.

In den Kapiteln 11 bis 13 des ersten Bandes des „Kapitals“ diskutiert Marx dann die verschiedenen grundsätzlichen Methoden der Produktivkraftsteigerung: Kooperation, Teilung der Arbeit, Einsatz von Maschinerie. Vor allem letzteres sieht er als die für den Kapitalismus charakteristische Methode an: im Produktionsprozess wird lebendige Arbeit durch den vermehrten Einsatz von Maschinerie ersetzt. Dabei sind zwar höhere Ausgaben für die Maschinerie erforderlich, zugleich werden aber Lohnkosten eingespart. Solange die eingesparten Lohnkosten je Produkt größer sind als die Zusatzkosten je Produkt

²⁰ Marx: Das Kapital. Erster Band. MEGA[®] II/6. S. 31; MEW. Bd. 23. S. 335.

²¹ Ebenda. MEGA[®] II/6. S. 316; MEW. Bd. 23. S. 336.

aufgrund vermehrter Maschinerie, produziert das Kapital billiger als seine Konkurrenten und erzielt einen Extramehrwert. Dieser verschwindet aber dann in dem Maße wie sich der Einsatz der neuen Maschinerie verallgemeinert und der Wert des Produkts fällt. Als Resultat hat sich aber auch das Verhältnis von konstantem Kapital c und variablem Kapital v verändert: aufgrund des vermehrten Einsatzes von Maschinerie hat sich c erhöht, aufgrund der Einsparung lebendiger Arbeit hat sich v vermindert, die Wertzusammensetzung des Kapitals c/v erhöht sich.

Auch hier sind wieder zwei Prozesse zu unterscheiden: *Erstens* erhöht sich c/v im Prozess der Produktivkraftsteigerung, v wird dabei im Verhältnis zu c vermindert, nicht weil sich der Wert der Arbeitskraft vermindert hat, sondern weil lebendige Arbeit je produzierter Einheit eingespart wird. *Zweitens* vermindert sich mit dem sinkenden Wert der Produkte längerfristig auch der Wert der Arbeitskraft. Längerfristig sinkt also v ein weiteres Mal, jetzt aber nicht weil weniger lebendige Arbeit eingesetzt wird, sondern weil der Wert der einzelnen Arbeitskraft gesunken ist. Erst diese Verminderung von v bewirkt eine entsprechende Erhöhung des Mehrwerts m und der Mehrwertrate m/v . Als Resultat permanenter kapitalistischer Produktivkraftentwicklung ergibt sich also eine beständig steigende Wertzusammensetzung c/v des Kapitals und eine beständig steigende Mehrwertrate m/v .

Im dritten Buch des „Kapital“ will Marx zeigen, dass die Profitrate $p = m/(c+v)$ unter Berücksichtigung *beider* Tendenzen fällt.²² Zwar wollten die einzelnen Kapitalisten, welche die Produktivkraftentwicklung in Gang setzten, einen Extramehrwert und damit eine höhere individuelle Profitrate erzielen, doch im Resultat, nach der Herausbildung eines neuen, niedrigeren Marktwertes für das Produkt und des vermehrten Einsatzes von konstantem Kapital falle, so Marx, trotz erhöhter Mehrwertrate, die allgemeine Profitrate unter ihren alten Wert. Die kapitalistische Jagd nach immer höheren Profiten führe somit ungewollt zu einer Senkung der Profitrate, diese ist ein *nicht-intendiertes Resultat* kapitalistischer Entwicklung.

Ob sich dieser Prozess tatsächlich begründen lässt, ist nun zu diskutieren. Bevor sich Henning im Detail auf diese Diskussion einlässt, stimmt er den Leser darauf ein, dass Marx in jedem Fall recht haben müsse. Henning will

²² Die Steigerung der Mehrwertrate aufgrund der Produktion des relativen Mehrwerts behandelt Marx *nicht* als „entgegenwirkende Ursache“, denn sie ist ja unmittelbare Konsequenz der kapitalistischen Produktivkraftsteigerung, muss also bei der Darstellung des „Gesetzes als solchen“ erfolgen. Unter die „entgegenwirkenden Ursachen“ rechnet er Steigerungen der Mehrwertrate aus anderen Gründen: Verlängerung der Arbeitszeit bzw. Intensivierung der Arbeit (siehe Marx: Das Kapital. Drittes Buch. MEGA[®] II/4.2. S. 302; MEW. Bd. 25. S. 242).

zunächst zeigen, dass der Fall der Profitrate infolge der Produktivkraftentwicklung „durchaus plausibel wirkt“²³. Wie viele andere Autoren auch konstruiert Henning zu diesem Zweck ein bestimmtes Szenario für einen Profitratenfall, ohne jedoch die Frage aufzuwerfen, ob die Bedingungen dieses Szenarios mit den Bedingungen übereinstimmen, unter denen Marx den Fall der Profitrate diskutiert.

Henning betrachtet den Fall, dass ein *neuer* Anbieter mit einer verbesserten Produktionstechnik, die einen erhöhten Aufwand an konstantem Kapital erfordert, in einen bestimmten Markt eindringen möchte. Wenn dieser neue Anbieter, so Henning, durch eine „aggressive Preispolitik“ in den Markt eindringt, könne er auch eine geringere Profitrate als die bisherigen Anbieter in Kauf nehmen, da er bislang ja überhaupt keinen Profit machte. Allerdings müssten dann auch die bisherigen Anbieter die Preise und somit ihre Profitrate senken (Henning unterstellt merkwürdigerweise, dass die bisherigen Anbieter „mit der alten Technologie weiter arbeiten“²⁴), so dass im Resultat die Profitrate in der gesamten Branche sinken würde.

Das Szenario von Henning unterscheidet sich in mehrfacher Hinsicht, von den Bedingungen, unter denen Marx den Profitratenfall begründen will. Tritt ein neuer Anbieter mit einer neuen Technik an, die kostengünstiger ist als die bisherige Technik, dann kann er *unter* dem Marktwert verkaufen und trotzdem einen *Extramehrwert* und damit auch eine *höhere Profitrate* erzielen als seine Konkurrenten. Henning behauptet aber nun, der neue Anbieter würde bei niedrigeren Preisen eine *geringere* Profitrate in Kauf nehmen. Dies ist aber nur dann der Fall, wenn der neue Anbieter die Preise um *mehr* als die eingesparten Kosten senkt. Warum er dies tun sollte, bleibt völlig unklar, zumal Henning davon ausgeht, dass die anderen Anbieter keine kostengünstigere Technik einführen. Unterstellen wir jedoch, dass es den Henningschen neuen Anbieter, der mit einer niedrigeren Profitrate zufrieden ist, tatsächlich gibt, dann wird die Produktivkraftsteigerung für das gesamte Argument überflüssig. Denn es ist nicht die neue Technik, die einen Profitratenfall hervorruft, sondern die Bereitschaft des Henningschen neuen Anbieters die Preise der Konkurrenten zu unterbieten und dafür eine niedrigere Profitrate in Kauf nehmen. Es also nicht wie bei Marx die Produktivkraftsteigerung vermittels vermehrtem Einsatz von konstantem Kapital, die zum Profitratenfall führt, sondern im Grunde nur die reine *Preiskonkurrenz* aufgrund einer *Vermehrung* der Anbieter. Offensichtlich ist es Henning entgangen, dass seine erste „Plausibilisierung“ des Marxschen

²³ Henning: Übersetzungsprobleme. S. 73.

²⁴ Ebenda. S. 73

Gesetzes darin besteht, Marx durch die bereits von Ricardo und Marx kritisierte *Smithsche* Begründung des Profitratenfalls zu stützen. Den Profitratenfall damit zu *begründen*, dass die Kapitalisten in der Konkurrenz bewusst eine kleinere Profitrate in Kauf nehmen, bezeichnete Marx als „flache Vorstellung, wie sie in den Köpfen der Konkurrenzagenten lebt“.²⁵

Marx wollte den Profitratenfall als das *nicht intendierte* Resultat der Jagd nach immer höheren Profiten aufzeigen wollte. Bei Henning kommt der Profitratenfall aber dadurch zustande, dass der neue Anbieter von vornherein bereit ist, eine niedrigere Profitrate zu akzeptieren.²⁶ Bei Marx ist die Motivation für die Einführung einer neuen Technik dagegen die Erzielung eines *Extramehrwerts*, also einer höheren Profitrate. Daher spielt es bei Marx auch überhaupt keine Rolle, ob der Impuls zur Steigerung der Produktivkraft von einem neu in den Markt drängenden Anbieter ausgeht oder von einem der bisherigen Produzenten, der „neue Anbieter“ als Argument für den Profitratenfall ist eine Erfindung Hennings.²⁷

Aber selbst wenn wir den neuen Anbieter und seinen Wunsch nach einer niedrigeren Profitrate akzeptieren, wird die Sache nicht besser. Die gesellschaftliche Durchschnittsprofitrate, die Marx im dritten Buch entwickelt, und um deren Fall es letzten Endes geht, ist diejenige Profitrate, die jedes Einzelkapital (in einem bestimmten Land zu einer bestimmten Zeit) in *allen* Branchen als durchschnittliche Verwertung erwarten kann. Im Unterschied dazu unterstellt Henning, dass der *neue* Anbieter, diese Durchschnittsprofitrate *nicht* erwarten kann und er sich daher mit einer niedrigeren Profitrate zufrieden geben muss. Eine solche Situation kann durchaus eintreten, nur müsste man begründen, *warum* dies so ist. Bei einer einzelnen Branche mag dies an Zugangsbarrieren oder an einer weitgehenden Sättigung für das jeweilige Produkt liegen. Will man jedoch einen Fall der *Durchschnittsprofitrate* über solche Situationen erklären, müsste man begründen, dass solche Bedingungen in der Mehrzahl der Branchen dauerhaft vorliegen. Bei Henning sucht man derartige

²⁵ Marx: Das Kapital. Drittes Buch. MEGA[®] II/4.2. S. 301; MEW. Bd. 25. S. 235.

²⁶ Zwei Druckseiten später erinnert sich auch Henning wieder daran, dass „das Grundmotiv kapitalistischen Wirtschaftens“, nicht etwa in einer niedrigeren Profitrate sondern in der „Erlangung stets höheren Mehrwerts“ besteht (ebenda. S. 75/76).

²⁷ Ausführlich diskutiert Marx die Einführung von Produktivkraftsteigerungen, die Motive des einzelnen Kapitalisten und die Rolle des Extramehrwerts im 10. Kapitel des ersten Bandes des „Kapitals“. Die Überlegungen dieses Kapitels, die einigen Vorstellungen Hennings diametral entgegen stehen, werden von ihm an keiner Stelle berücksichtigt. Bereits über das erste Kapitel des ersten Bandes des „Kapitals“ schrieb Henning: „Es lässt sich allerdings überschlagen, ohne dem Buch einen Abbruch zu tun.“ (Henning: Philosophie nach Marx. S. 146. Fußnote 51.) Anscheinend glaubte Henning, auch das 10. Kapitel ohne Schaden überschlagen zu können.

Begründungen vergeblich. Aber auch wenn er sich um eine solche Begründung bemühen würde, könnte er nur besondere, und keineswegs allgemeine Umstände anführen. Während es Marx auf die Darstellung des „idealen Durchschnitts“ der kapitalistischen Produktionsweise ankommt, argumentiert Henning mit einem (nicht weiter begründeten) Spezialfall. Will man das *Marxsche* Gesetz des Profitratenfalls begründen, dann muss man sich jedoch auf die Bedingungen einlassen, unter denen Marx das Gesetz formuliert.

Begründungen des „Gesetzes“ Teil 1: Grenzen der Mehrwertrate

Um den Fall der Profitrate zu begründen, setzt Marx im dritten Buch zunächst eine konstante Mehrwertrate voraus und betrachtet in einem Zahlenbeispiel eine steigende Wertzusammensetzung.²⁸ Diese führt zu einer fallenden Profitrate. Zwar nicht explizit aber der Sache nach verwendet Marx in dieser Betrachtung einen Ausdruck der Profitrate, den er aus der ersten Gleichung

$$(1) \quad p = \frac{m}{c+v}$$

erhält, indem man Zähler und Nenner durch v dividiert:

$$(2) \quad p = \frac{m/v}{(c/v)+1}.$$

Wenn, wie von Marx zunächst unterstellt, der Zähler (m/v) gleich bleibt und der Nenner $((c/v)+1)$ wächst, weil c/v wächst, dann ist klar, dass der Wert des gesamten Bruches fällt. Allerdings bleibt der Zähler nicht konstant. Die Produktion des relativen Mehrwerts bedeutet ja gerade, dass die Mehrwertrate wächst. Es wächst in unserem Bruch also Zähler *und* Nenner. Dies war auch Marx klar und kurz nach dem einleitenden Beispiel betont er, dass die Profitrate auch bei steigender Mehrwertrate fällt. Der Streit um das Marxsche Gesetz dreht sich im wesentlichen darum, ob Marx diese Behauptung, dass die Profitrate auch bei steigender Mehrwertrate fällt, schlüssig begründen kann.

Die Profitrate, egal welche Formel man zugrunde legt, ist stets ein Verhältnis zweier Größen, mathematisch ein Bruch. Wachsen in einem Bruch Zähler und Nenner gleichzeitig, dann hängt der Wert des Bruches davon ab, wer schneller wächst: wächst der Zähler schneller als der Nenner, steigt der Wert

²⁸ Marx: Das Kapital. Drittes Buch. MEGA[®] II/4.2. S. 285/86; MEW. Bd. 25. S. 221/22.

des Bruches, wächst der Zähler langsamer als der Nenner, sinkt der Wert des Bruches. Will man nachweisen, dass die Profitrate fällt, muss man also zeigen, dass der Zähler schneller wächst als der Nenner. Diese aus der elementaren Bruchrechnung folgende Anforderung an die Begründung des Profitratengesetzes bezeichnet Henning als „mathematischen Schein“²⁹. Mit diesem etwas unglücklichen Ausdruck kritisiert er die Auffassung, Zähler und Nenner im Profitratenausdruck würden sich unabhängig voneinander entwickeln: „Der Glaube an einen möglichen Ausgleich zwischen dem Wachsen der Zusammensetzung des Kapitals und dem Wachsen der Ausbeutungsrate beruht auf einem Überspringen ihres internen, spezifisch kapitalistischen Zusammenhangs.“³⁰

Henning scheint hier die Aufgabe zu verkennen, die sich einem stellt, wenn man das Marxsche Profitratengesetz begründen will. Generell gilt, wer einen wissenschaftlichen Satz behauptet, muss ihn auch beweisen. Eine erfolgreiche Kritik eines Beweises liegt aber nicht erst dann vor, wenn der Kritiker das Gegenteil des behaupteten Satzes bewiesen hat, sondern wenn im angeführten Beweis Lücken festgestellt wurden. Bezogen auf die Debatte über die Profitrate bedeutet dies: die Kritiker des Gesetzes müssen keineswegs an einen Ausgleich zwischen wachsender Kapitalzusammensetzung und wachsender Mehrwertrate „glauben“ (oder ihn gar beweisen), es sind vielmehr diejenigen, die das Marxsche „Gesetz“ verteidigen, die überzeugend darlegen müssen, dass ein solcher Ausgleich langfristig *nicht* stattfinden kann, wenn man alle Zusammenhänge berücksichtigt.

Das in diesem Zusammenhang auch schon von Marx vorgebrachte Argument lautet, dass die Steigerung der Produktivkraft (die durch die Vermehrung des konstanten Kapitals erreicht wird) zwar dazu führt, dass der Mehrwert pro einzelner Arbeitskraft steigt, dass aber insgesamt immer weniger lebendige Arbeit im Verhältnis zum konstanten Kapital eingesetzt wird, so dass die Profitrate schließlich doch abnimmt. Durch ein Zahlenbeispiel, bei dem konstantes Kapital und Mehrwert um die *gleiche Rate* steigen und es trotzdem zu einem Fall der Profitrate kommt, will Henning dieses Argument deutlich machen³¹ – allerdings beruht der Fall der Profitrate in dem Henningschen Zahlenbeispiel auf gleich zwei recht groben Fehlern: zum einen in der Bruchrechnung zum anderen in der Auffassung des Zusammenhangs von Wertzusammensetzung und Mehrwertrate.

²⁹ Henning: Übersetzungsprobleme. S. 80.

³⁰ Ebenda. S. 79/80.

³¹ Ebenda. S. 80/81.

Henning nimmt an, dass c , v und m alle den Wert 10 haben und berechnet die Profitrate entsprechend der Formel (2), wobei er den Summanden $+1$ im Nenner aber einfach weglässt. Dass man in einer Summe, die im Zähler oder Nenner eines Bruchs steht, nicht einfach etwas weglassen kann (Henning nennt es „abstrahieren“, was die Sache nicht besser macht), sollte man eigentlich noch aus dem Mathematikunterricht wissen. Die Konsequenzen werden wir am Ende betrachten, zunächst folgen wir Hennings falscher Profitratenformel. Als erste Profitrate erhält er:

$$p_1 = \frac{(10/10)}{(10/10)} = 1.$$

Dann unterstellt er, dass sich das eingesetzte konstante Kapital um 20% erhöht, das variable Kapital um 20% sinkt, wir haben also jetzt $c=12$ und $v=8$. Bei der bislang vorliegenden Mehrwertrate von 100% würde ein v in Höhe von 8 einen Mehrwert in Höhe von ebenfalls 8 liefern. Henning unterstellt nun eine Erhöhung des Mehrwerts ebenfalls um 20% von 8 auf 9,6 und kommt damit zu einer neuen (zweiten) Profitrate, die geringer ist als die erste.

$$p_2 = \frac{(9,6/8)}{(12/8)} = 0,8.$$

Dass in Hennings Beispiel die Erhöhung von c durch eine Senkung von v begleitet wird, ist nicht zu beanstanden: der vermehrte Einsatz von c macht es ja gerade möglich, dass die selbe Gütermenge von weniger Arbeitskräften produziert wird. Dass sich v von 10 auf 8 vermindert drückt gerade diese Verminderung der Arbeitskräfte aus.

Fehlerhaft ist aber die Art und Weise wie Henning den Mehrwert steigen lässt. Er nimmt an, dass die verminderte Zahl von Arbeitskräften einen um 20% höheren Mehrwert liefert. Aber wo kommt dieser Mehrwert her? Bei Henning ist er einfach da. Bei Marx resultiert er daraus, dass als Folge der Produktivkraftsteigerung (nicht nur in dieser sondern in vielen Branchen), auch der Wert der Ware Arbeitskraft sinkt. Wir haben also nicht nur den ersten Effekt (den Henning berücksichtigt), dass sich v relativ zu c vermindert, weil *weniger* Arbeitskräfte zur Produktion einer bestimmten Menge von Gütern eingesetzt werden. Wir haben auch den Effekt, dass sich v aufgrund einer *Senkung des Werts der Ware Arbeitskraft* vermindert und erst daraus resultiert das Ansteigen des Mehrwerts. Wenn Henning also den Mehrwert um 20% steigen lässt, dann hätte er auch den Wert der Arbeitskraft um den entsprechenden Betrag vermindern müssen. Damit in Hennings Beispiel der Mehrwert

nach der Einführung der Produktivkraftsteigerung von 8 auf 9,6 steigen kann, muss v von 8 auf 6,4 fallen. In Hennings (falsche) Profitratenformel eingesetzt ergibt sich dann

$$p_2 = \frac{(9,6/6,4)}{(12/6,4)} = 0,8$$

also derselbe Wert wie bei Henning und somit immer noch ein Fall der Profitrate. Anders sieht es jedoch aus, wenn man statt der falschen Profitratenformel die korrekte benutzt, bei der im Nenner nicht einfach von +1 „abstrahiert“ wird. Für die erste Profitrate (wo c , v und m jeweils 10 ist) ergibt sich dann

$$p_1 = \frac{(10/10)}{(10/10)+1} = 0,5$$

und für die zweite Profitrate mit $c = 12$, $v=6,4$ und $m=9,6$ ergibt sich:

$$p_2 = \frac{(9,6/6,4)}{(12/6,4)+1} = 0,52.$$

Hält man sich an die Gesetze der Bruchrechnung sowie an die Marxsche Begründung für die Vermehrung des Mehrwerts, dann führt Hennings eigenes Zahlenbeispiel statt auf ein Fallen auf ein *Steigen* der Profitrate.

Henning bleibt aber nicht bei seinem Zahlenbeispiel stehen, er weiß, dass solche Beispiele nicht viel beweisen. Er versucht sich deshalb von der lästigen Mehrwertrate ganz zu befreien und behauptet es gäbe Faktoren, die einem unbegrenzten Steigen der Mehrwertrate entgegenstehen. Zwei solcher Faktoren führt er an.

(a) Die Mehrwertrate sei gebunden „durch die Länge des Arbeitstages, welcher nicht länger als 24 Stunden sein kann (und damit bei 23 zu 1 im Verhältnis unbezahlter zu bezahlten Arbeitsstunden sein Limit hat).“³² Warum dieses Limit ausgerechnet bei 23 zu 1 liegen soll, wird nicht weiter ausgeführt. Etwas deutlicher wird Henning in seinem Buch, wo er schreibt

„Setzt man die notwendige Arbeitszeit auf das Minimum nur einer Stunde an (eine Arbeitsstunde sei die minimale Arbeitseinheit, so dass angefangene Minuten als Stunde zählen) so kann die Mehrwertrate im Extremfall auf 23 steigen (bei 24 Stunden Arbeit am Tag).“³³

³² Ebenda. S. 81.

³³ Henning: Philosophie nach Marx. S. 80. Fußnote 126.

Das Argument klingt reichlich absurd: eine Stunde sei die minimale notwendige Arbeitszeit, weil eine Arbeitsstunde die kleinste Arbeitseinheit sei? Kann der Wert der Arbeitskraft in einer halben Stunde reproduziert werden, dann würden die Kapitalisten nach wie vor den in einer Stunde geschaffenen Wert zahlen, weil sie nicht mit einer kleineren Einheit rechnen können?

Will man tatsächlich eine Obergrenze für die Mehrwertrate begründen, dann müsste man in der Tat nachweisen, dass es für die notwendige Arbeitszeit, in welcher der Wert der Ware Arbeitskraft produziert wird, ein Minimum gibt, das man nicht unterschreiten kann. Da der Wert der Arbeitskraft mit jeder weiteren Entwicklung der Produktivkraft sinkt, ist die Annahme einer solchen Untergrenze gleichbedeutend mit der Annahme, dass sich die Produktivkraft ab einem bestimmten Punkt nicht mehr weiter steigern lässt. Weder von Henning noch von anderen wurde ein entsprechender Nachweis bislang auch nur versucht. Aber selbst wenn man einen solchen Nachweis führen könnte, würde er für den Profitratenfall nicht weiterhelfen. Es gäbe dann zwar eine Obergrenze für die Mehrwertrate, aber aufgrund fehlender Möglichkeiten die Produktivkraft weiter zu steigern, würde auch die Wertzusammensetzung nicht weiter steigen, denn es gäbe ja auch keine neue verbesserte Technik einzusetzen. Mehrwertrate und Wertzusammensetzung würden konstant bleiben und damit bliebe auch die Profitrate konstant.

(b) Ähnlich inkonsistent wie das erste ist auch das zweite von Henning vorgebrachte Argument:

„Zudem zwingt die Konkurrenz zwischen den Kapitalisten jeden einzelnen dazu, seine Preise zu senken. Niedrigere Verkaufspreise bei gleichen Produktionspreisen bedeuten natürlich eine geringere Gewinnspanne und somit einen Deckel für die Mehrwertrate (m/v).“³⁴

Mit „Produktionspreisen“ meint Henning hier offensichtlich nicht Produktionspreise im Marxschen Sinne (Preise, die allen Kapitalen die gleiche Durchschnittsprofitrate ermöglichen), sondern die *Produktionskosten*. Das Problem dieser Aussage ist aber nicht der nachlässige Umgang mit der Terminologie, sondern die Missachtung der elementaren Logik. Wenn, wie es Henning noch betont, „jeder einzelne“ Kapitalist seine Preise senkt, wo um Himmels willen kaufen diese Kapitalisten dann bloß ein, damit ihre Produktionskosten unverändert bleiben? Wenn *alle* Preise sinken, dann sinken auch die Preise für Rohstoffe, Maschinen etc. und damit die Produktionskosten. Die einzigen Preise, die nicht automatisch sinken, weil sie nicht allein von den Kapitalisten fest-

³⁴ Henning: Übersetzungsprobleme. S. 81.

gesetzt werden, sind die Löhne. Bleiben aber die Löhne bei allgemein sinkenden Preisen wirklich unverändert (was sie in der Regel nicht tun), dann erhöht sich der *Reallohn*. Die Mehrwertrate und die Profitrate fallen dann zwar, aber nur deshalb, weil die Arbeiter einen *größeren Anteil* am Wertprodukt bekommen als vorher. Dieser „Deckel für die Mehrwertrate“ und der daraus resultierende Fall der Profitrate ist dann mit genau jener „wage-squeeze“ Theorie begründet, von der sich Henning zu Beginn seines Aufsatzes entschieden abgegrenzt hatte.³⁵

Begründungen des Gesetzes

Teil 2: Verhältnis von lebendiger zu vergegenständlichter Arbeit

Allerdings will sich auch Henning nicht allein auf derartige Einwände gegen eine steigende Mehrwertrate verlassen. Am Ende seines Aufsatzes referiert er ein Argument, das in der Debatte um den Profitratenfall seit den 1970er Jahren formalisiert wurde,³⁶ und das sich ansatzweise auch schon im Marxschen Manuskript findet: aus der Abnahme des Verhältnisses von lebendiger Arbeit (wertmäßig ausgedrückt: $v+m$) zur vergegenständlichten Arbeit (wertmäßig ausgedrückt: c) wird auf eine Abnahme der Profitrate geschlossen.³⁷

Henning bezeichnet den Gesamtwert, der von der verausgabten lebendige Arbeit zugesetzt wurde, als $L=v+m$, und schreibt die übliche Profitratenformel (1) als

$$(3) \quad p = \frac{L-v}{c+v}.$$

Um sich nun nicht weiter mit den Veränderungen der Mehrwertrate herumschlagen zu müssen, betrachtet Henning gleich das *Maximum der Profitrate*, das sich ergäbe, wenn $v=0$ wäre und schreibt als neuen Ausdruck für die Profitrate

³⁵ Ebenda. S. 67.

³⁶ Siehe z.B. Heinz Holländer: Das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate. Marxens Begründung und ihre Implikationen. In: Mehrwert 6. S. 105–131 und die daran anschließende Diskussion.

³⁷ „Es ergibt sich ganz einfach, daß da die Masse der angewandten lebendigen Arbeit stets abnimmt im Verhältniß zu der Masse der von ihr in Bewegung gesetzten gegenständlichen Arbeit, den productiv consumirten Arbeitsmitteln, auch der Theil dieser lebendigen Arbeit, der unbezahlt ist und sich im Mehrwerth ausdrückt eine stets abnehmende Proportion bilden muß zum Werthumfang des Gesamtcapitals. Dieß Verhältniß des Mehrwerths zum Werth des angewandten Gesamtcapitals bildet aber die *Profitrate*, die daher beständig fallen muß.“ (Marx: Das Kapital. Drittes Buch. MEGA[®] II/4.2. S. 287; MEW. Bd. 25. S. 223.)

$$(4) \quad p = \frac{L}{c}.$$

Henning folgert nun: Wenn der Anteil vergegenständlichter Arbeit gegenüber lebendiger Arbeit steigt, dann muss der Ausdruck L/c und somit die Profitrate kleiner werden.

Hat Henning damit den Profitratenfall bewiesen? Keineswegs! Zwei gewichtige Gründe sprechen dagegen. *Erstens* hat Henning den Fall der Profitrate *nur* für den Ausdruck in Formel (4) begründet, also unter der Voraussetzung, dass $v=0$ ist *und* c trotzdem noch weiter steigt. Damit werden seine Annahmen nicht einfach nur unrealistisch (da v niemals gleich Null ist), sondern auch *inkonsistent*. Die Einzelkapitale steigern c ja nur deshalb, um Kosten zu sparen, also v zu vermindern. Wenn v aber schon Null ist, dann können durch eine Vergrößerung von c keine Kosten gespart werden. Wenn v wirklich gleich Null wäre, müsste man vielmehr erwarten, dass c vermindert wird und durch lebendige Arbeit, die nach Voraussetzung nichts kostet, ersetzt wird. Und dies wäre durchaus plausibel: Warum sollten Kapitalisten noch zusätzliche Maschinen verwenden, die Kosten verursachen, wenn sie die lebendige Arbeit kostenlos bekommen können?

Zweitens: Selbst wenn wir diesen Einwand beiseite lassen und annehmen, dass es Kapitalisten gibt, die (kostenlose) lebendige Arbeit durch (nicht kostenlose) vergegenständlichte Arbeit ersetzen, wäre nur gezeigt, dass die Profitrate, *ab dem Moment fällt, wo v gleich Null ist*. Nur ist diese Situation gänzlich uninteressant: v wird den Wert Null nicht erreichen und was wir wissen wollen, ist, wie sich die Profitrate entwickelt, wenn v größer als Null ist.

Dieselben beiden Argumente gelten auch für die bei Henning nun folgende „formale Beweisführung“³⁸, die auf einer weiteren Umformung der Profitratenformel beruht. Als neue Abkürzung führt er $K=c+v$ und schreibt die Profitratenformel (1) jetzt als

$$(5) \quad p = \frac{m/v}{(m/v)+1} \times \frac{L}{K}.$$

Die Profitrate ist hier als Produkt zweier Faktoren dargestellt. Mit wachsender Mehrwertrate wird der erste Faktor zwar größer, er nähert sich aber immer mehr dem Wert 1 an. Daraus folgert Henning:

³⁸ Henning: Übersetzungsprobleme. S. 82.

„Die Mehrwertrate kann die Profitrate zwar beeinflussen aber je höher sie steigt, desto geringer ihr Einfluss. Sie kann gegen unendlich steigen, ohne dass sie die dominante Tendenz noch beeinflussen würde, da $(m/v)/(1+m/v)$ bei steigendem m/v den Grenzwert 1 erreicht. Die Profitrate bleibt also gerade bei einer steigenden Tendenz der Mehrwertrate abhängig von der dominanten Tendenz, der Zunahme der Zusammensetzung des Kapitals. Da K/L (oder $c+v/m+v$) steigt, sinkt L/K und damit die Profitrate. Quod erat demonstrandum.“³⁹

Über das, was er hier wirklich demonstriert hat, ist sich Henning anscheinend nicht im mindesten im Klaren. In seiner Argumentation unterscheidet er nämlich nicht zwischen zwei ganz verschiedenen Voraussetzungen: einer endlich großen Mehrwertrate und einer unendlich großen Mehrwertrate.

Wenn wir eine *unendlich große* Mehrwertrate annehmen, nimmt in Formel (5) der erste Faktor den Wert Eins an. *In diesem und nur in diesem Fall* hängt der Wert des Produkts ausschließlich vom Wert des zweiten Faktors ab, so dass man folgern kann, wenn dieser zweite Faktor abnimmt, dann nimmt auch der Wert des Produktes ab. Es ist zwar wieder völlig unklar, warum irgendein Kapitalist bei einer unendlich hohen Mehrwertrate (also bei $v=0$) noch weitere Maschinerie einsetzen sollte, wenn er es aber dennoch tun sollte, sinkt die Profitrate.

Ganz anders sieht es jedoch aus, wenn die Mehrwertrate *endlich groß* ist und wächst, aber *endlich bleibt*. In diesem Fall ist der erste Faktor in Formel (5) stets kleiner als Eins, aber mit jedem Steigen der Mehrwertrate nimmt auch dieser erste Faktor zu. Unter der Voraussetzung, dass die Mehrwertrate steigt, aber endlich bleibt, und außerdem die Kapitalzusammensetzung steigt, ergibt sich, dass wir ein Produkt haben, dessen erster Faktor beständig wächst, dessen zweiter Faktor beständig sinkt. Um zu zeigen, dass der Wert des Produkts insgesamt (also die Profitrate) fällt, müsste man zeigen, dass das Sinken des zweiten Faktors das Steigen des ersten Faktors *überkompensiert*. So lange die Mehrwertrate *endlich* ist, reicht es daher nicht aus, dass die Kapitalzusammensetzung überhaupt steigt, wie Henning annimmt. Damit es zu einem Profitratenfall kommt, muss die Kapitalzusammensetzung so stark steigen, dass in Formel (5) der zweite Faktor so stark sinkt, dass er das Steigen des ersten Faktors überkompensiert. Wir sind also wieder bei der Notwendigkeit angelangt, zwei gegenläufige Tendenzen zu *vergleichen*. Dass das Wachstum des ersten Faktors eine obere Schranke besitzt (er bleibt stets kleiner als eins), mag bei einem solchen Vergleich vielleicht hilfreich sein, diese Tatsache alleine macht den Vergleich aber keineswegs überflüssig.

³⁹ Ebenda. S. 83.

Die beiden von Henning anhand der Formeln (4) und (5) betrachteten Fälle mit $v=0$ bzw. $m/v=\infty$, sagen über das Marxsche Gesetz nicht das Geringste aus. Offensichtlich glaubte Henning, dass er den Kritikern des Marxschen Gesetzes entgegenkommt, wenn er annimmt, dass v nicht nur immer kleiner wird, sondern dass v gleich Null ist, bzw., dass die Mehrwerttrate den Wert unendlich annehmen würde. Allerdings ist das Gegenteil der Fall: Henning hat den Profitratenfall *nur unter der speziellen Voraussetzung* $v=0$ bzw. $m/v=\infty$ nachgewiesen. Dieser Spezialfall sagt aber überhaupt nichts über den Fall aus, um den es geht, dass nämlich v größer als Null und m/v kleiner als unendlich ist. Henning hat lediglich gezeigt, dass, wenn die Profitrate *bereits ihren theoretisch maximalen Wert angenommen hat* und dann c (aus welchen merkwürdigen Gründen auch immer) noch weiter erhöht wird, die Profitrate wieder fallen muss. Hennings Argument hat die selbe absurde Logik, als würde z.B. die Tabakindustrie dadurch versuchen, die Unschädlichkeit des Rauchens zu beweisen, dass sie argumentiert: Nehmen wir ruhig den schlimmsten Fall an, der Raucher ist bereits verstorben; wenn er jetzt noch weiter raucht, wird sich sein Zustand nicht verschlimmern, also kann Rauchen nicht schädlich sein. „Bewiesen“ wurde allenfalls, dass der tote Körper durch Zigarettenrauch nicht weiter geschädigt wird, über den Einfluss auf den lebenden Körper sagt dies aber überhaupt nichts aus. Genauso steht es um das Argument von Henning. Dass die Profitrate *ab* dem (niemals zu erreichenden) Punkt fällt, an dem $v=0$ ist, sagt nichts darüber aus, was passiert, wenn v ungleich Null ist.

Zwischenresümee

Sämtliche von Henning angeführten Argumente zur Begründung des Marxschen Gesetzes erweisen sich bei näherer Betrachtung als unzureichend.⁴⁰

⁴⁰ Es gibt noch eine Reihe weiterer Argumente, die zur Begründung des Marxschen Gesetzes vorgebracht wurden, die aber auf ähnlichen logischen Fehlschlüssen beruhen, wie die von Henning referierten. So wurde z.B. der Ausdruck (4) nicht wie bei Henning mit der Profitrate gleichgesetzt, sondern richtigerweise als Obergrenze der Profitrate aufgefasst. Aus dem Fallen der Obergrenze wurde dann auf ein Fall der Profitrate geschlossen. Dies Argument wäre aber nur dann richtig, wenn man zeigen könnte, dass diese Obergrenze tatsächlich gegen Null fällt. Wenn man nicht ausschließen kann, dass diese Obergrenze gegen einen von Null verschiedenen Wert fällt, kann man auch nicht zeigen, dass die Profitrate wegen des Falls dieser Obergrenze fallen muss, denn die Profitrate könnte unterhalb dieses von Null verschiedenen Wertes konstant bleiben oder sich ihm sogar von unten annähern. Eine ausführliche Kritik der verschiedenen Argumente findet man in Michael Heinrich: Die Wissenschaft vom Wert. Die Marxsche Kritik der politischen Ökonomie zwischen wissenschaftlicher Revolution und klassischer Tra-

Nicht aufgrund irgendwelcher Übersetzungsprobleme zwischen Paradigmen, sondern weil sie entweder gar nicht die von Marx betrachteten Voraussetzungen für den Fall der Profitrate berücksichtigen (statt aus der Jagd nach Extramehrwert wie bei Marx, wird der Fall der Profitrate damit begründet, dass ein neuer Anbieter sich von vornherein mit einer niedrigeren Profitrate zufrieden gibt; oder es wird angenommen, dass der Wert der Ware Arbeitskraft nicht weiter sinken kann, was nur möglich wäre, wenn die Produktivkraft nicht weiter steigen kann), weil das Argument selbst inkonsistent ist (alle Kapitalisten senken zwar die Preise, ihre Produktionskosten bleiben aber unverändert) oder es wird der Profitratenfall für einen unrealen Spezialfall bewiesen, aus dem sich keine Aussage über die Profitratenbewegung unter realen Annahmen ableiten lässt.

Worin liegt nun jenseits der einzelnen Details die Schwierigkeit in der Begründung des Profitratenfalls? Egal mit welcher Formel wir die Profitrate auch schreiben, stets zeigt sich, dass zwei Größen eingehen, von denen die eine im Laufe der Produktivkraftentwicklung auf die Profitrate steigernd, die andere senkend wirkt. Es ist zwar richtig, wenn die Verteidiger des Marxschen Profitratengesetzes betonen, dass diese beiden Größen nicht unabhängig voneinander sind, diese Einsicht entbindet einen aber nicht von der Aufgabe zu zeigen (wenn man das Marxsche Gesetz beweisen will), dass die Bewegung derjenigen Größe, die einen Fall der Profitrate bewirkt, die Bewegung der anderen Größe tatsächlich überkompensiert.

Warum dieses Problem so schwierig ist, lässt sich am einfachsten anhand von Formel (2) erläutern, bei der sich die Bewegung von Mehrwertrate und Kapitalzusammensetzung gegenüber stehen. Wird die Kapitalzusammensetzung c/v gesteigert und damit eine bestimmte Produktivkraftsteigerung hervorgebracht, z.B. eine Verdopplung, dann ist die Wirkung auf die Mehrwertrate klar: der Wert der Arbeitskraft halbiert sich und diese Hälfte von v erhöht den Mehrwert m , war die Mehrwertrate vorher z.B. gleich Eins, dann ist sie jetzt gleich Drei. Aber um wie viel musste die Kapitalzusammensetzung steigen, um diese Verdopplung der Produktivkraft hervorzubringen? Das wissen wir nicht und wir können es auch nicht wissen. Denn es existiert kein allgemeiner Zusammenhang zwischen einer bestimmten Produktivkraftsteigerung und dem Ausmaß der dafür notwendigen Steigerung der Wertzusammensetzung. Manchmal lässt sich eine bestimmte Produktivkraftsteigerung mit einer

dition. 2. überarbeitete und erweiterte Auflage. Münster 1999 (im Folgenden: Wissenschaft vom Wert). S. 329–337; kürzer gefasst in Michael Heinrich. Kritik der politischen Ökonomie. Eine Einführung. Stuttgart 2004 (im Folgenden: Kritik). S. 150–153.

nur geringen Steigerung der Kapitalzusammensetzung erreichen, manchmal nur mit einer großen. Weil wir dies aber nicht wissen und im voraus auch nicht wissen können, ist auch keine Aussage darüber möglich, ob die Kapitalzusammensetzung so stark steigen wird, dass sie die Steigerung der Mehrwertrate langfristig ausgleicht oder nicht. Es ist daher grundsätzlich nicht zu sehen, wie man das Marxsche Profitratengesetz schlüssig begründen sollte.

Das Okishio-Theorem

Es bleibt noch auf einen von Henning angesprochenen Punkt einzugehen, das „Okishio Theorem“⁴¹. Henning scheint es für die Hauptursache der Ablehnung des Marxschen Profitratengesetzes zu halten.⁴² Wie man jedoch den vorangegangenen Erörterungen entnehmen konnte, ließen sich sämtliche von Henning vorgebrachten Argumente für einen Profitratenfall widerlegen, ohne dieses Theorem zu benutzen. Und auch die im vorangegangenen Abschnitt angestellten Überlegungen zu den grundsätzlichen Problemen einer Begründung des Marxschen Gesetzes, stützen sich nicht auf jenes Theorem. Die Kritik am Marxschen Profitratengesetz ist keineswegs auf dieses Theorem angewiesen. Da es aber einen wichtigen Punkt beleuchtet, soll hier darauf eingegangen werden.

Bei Henning ist jedoch schon die Zusammenfassung des Okishio Theorems unzureichend. Er schreibt:

„Gelingt es nämlich einem Anbieter, mit Hilfe einer neuen Technologie auf seine laufenden Kosten höhere Gewinne zu erzielen – und das ist aus ‚rational-choice‘-Sicht der einzig denkbare Grund für ihre Einführung –, so erhöht sich damit die Durchschnittsprofitrate. Denn für ein Anheben dieser genügt, dass mindestens einer der Marktteilnehmer besser gestellt ist. Das ist im Kern das sogenannte Okishio Theorem ...“⁴³

Wäre dies tatsächlich der Kern des Okishio Theorems gewesen, dann hätte sich wohl kaum eine Fachzeitschrift gefunden, die den Text als Aufsatz angenommen hätte. Bevor ich auf die tatsächliche Aussage des Okishio Theorems ein-

⁴¹ Nobuo Okishio: Technical Changes and the Rate of Profit. Kobe University Economic Review. Vol. 7. 1961. S. 85–90 (dt.: Technische Veränderungen und Profitrate. In: H. G. Nutzinger, E. Wolfstetter (Hrsg.): Die Marxsche Theorie und ihre Kritik. Bd. 2. Frankfurt a.M. 1974. S. 173–191).

⁴² Henning: Übersetzungsprobleme. S. 73.

⁴³ Ebenda. S. 73.

gehe, sind aber einige Klarstellungen erforderlich, da Henning bei der Verwendung Marxscher Begrifflichkeiten nicht gerade übertriebene Sorgfalt walten lässt.

Die Durchschnittsprofitrate ist keineswegs, wie Henning suggeriert, einfach nur der arithmetische Durchschnitt aller tatsächlich auftretenden Profitraten der Einzelkapitale. Es ist vielmehr diejenige Profitrate, die (in einem bestimmten Land zu einer bestimmten Zeit) *erwartet* werden kann, wenn man Kapital unter *durchschnittlichen* Bedingungen investiert. Diese Durchschnittsprofitrate ist das Resultat von Ausgleichsbewegungen des Kapitals, das von Branchen mit niedriger Branchenprofitrate zu Branchen mit hoher Branchenprofitrate wandert. Entdeckt ein einzelner Kapitalist bessere Verwertungsbedingungen und erhöht damit seine *individuelle* Profitrate, so ändert dies an der Durchschnittsprofitrate zunächst überhaupt nichts. Erst wenn diese besseren Verwertungsbedingungen allgemein zugänglich werden, findet eine Ausgleichsbewegung statt, jetzt versuchen auch andere Kapitale diese besseren Verwertungsbedingungen zu benutzen. Es kommt zu Kapitalwanderungen und Preisbewegungen und erst als deren Resultat bildet sich eine neue Durchschnittsprofitrate heraus.

Unrichtig ist es auch, wenn Henning nahe legt, dass nur „rational-choice“-Ansätze die Einführung neuer Technologien damit begründen würden, dass mit diesen Technologien höhere Gewinne gemacht werden sollen. Genau diesen Punkt stellt Marx im 10. Kapitel des ersten Bandes des „Kapitals“ heraus, mit dem Henning anscheinend nicht sehr vertraut ist. Marx betont dort, dass das Motiv des einzelnen Kapitalisten zur Einführung einer Produktivkraftsteigerung der damit erzielbare „Extramehrwert“ ist.

Auch den Vorwurf, Okishio setze eine „harmonistische Ausgangsvoraussetzung“ voraus, da die neue Technologie nur von einem Anbieter kommen könne, der bereits im Markt sei,⁴⁴ müsste Henning, wenn er konsequent wäre, auch gegen Marx richten. Nirgendwo, weder im ersten noch im dritten Band, stellt Marx darauf ab oder deutet auch nur an, dass ein *neuer* Anbieter in den Markt drängt, und dieser, weil er neu ist, eine niedrigere Profitrate akzeptieren müsse. Wie bereits in Abschnitt 3 dargelegt wurde, passt dieses von Henning erfundene Szenario zur Smithschen Begründung des Profitratenfalls aber nicht zu der von Marx gelieferten.

Worum handelt es sich nun bei dem ominösen „Okishio-Theorem“? Was Okishio in seinem Artikel an zentraler Stelle behandelt und was Henning nicht einmal erwähnt, ist eine von Marx im ersten Band des „Kapital“ behandelte *Grenze* für das Wachstum des konstanten Kapitals. Die Verteidiger des Marx-

⁴⁴ Ebenda. S. 74.

schen „Gesetzes“ sind zwar stets auf der Suche nach Argumenten, warum das Wachstum der Mehrwerttrate vielleicht beschränkt sein könnte, vom konstanten Kapital nehmen sie aber in der Regel an, dass es unbegrenzt wachsen könnte. Nun machte Marx im 13. Kapitel des ersten Bandes des „Kapitals“ darauf aufmerksam, dass dem keineswegs so ist. Dort heißt es unter der Überschrift „Werthabgabe der Maschinerie an das Produkt“:

„Ausschließlich als Mittel zur Verwohlfeilerung des Produkts betrachtet, ist die Grenze für den Gebrauch der Maschinerie darin gegeben, daß ihre eigne Produktion weniger Arbeit kostet als ihre Anwendung Arbeit ersetzt. Für das Kapital drückt sich diese Grenze enger aus. Da es nicht die angewandte Arbeit zahlt, sondern den Werth der angewandten Arbeitskraft, wird ihm der Maschinengebrauch begrenzt durch die Differenz zwischen dem Maschinenwerth und dem Werth der von ihr ersetzten Arbeitskraft.“⁴⁵

D. h. ein Einzelkapital wird eine neue Maschine nur dann einsetzen, wenn die durch die Maschine *zusätzlich verursachten Kosten* (die Wertabgabe der Maschinerie an das Produkt) geringer ist als die *an Löhnen eingesparten Kosten*. Wird z. B. durch eine neue Maschine die Produktionszeit je Produkt um eine Stunde gesenkt und beträgt der Stundenlohn 10 Euro, dann wird die neue Maschine nur eingesetzt, wenn die Wertabgabe der Maschinerie an das einzelne Produkt (d. h. der Wert der Maschine dividiert durch die Gesamtzahl der mit dieser Maschine produzierten Stücke) weniger als 10 Euro beträgt. Wäre die Wertabgabe höher, würden sich durch den Einsatz der neuen Maschine die Produktionskosten erhöhen statt zu sinken.

Es wird also keineswegs eine *beliebig teure* Maschine eingesetzt, um lebendige Arbeitszeit einzusparen. Die neue Maschine darf zwar teurer sein als die alte, aber um höchstens so viel, dass die vermehrte Wertabgabe an das einzelne Produkt nicht größer ist als die eingesparte Lohnsumme. Damit hat Marx ein Kostenkriterium benannt, das den Einsatz der Maschinerie von der *Lohnhöhe* bzw. vom Wert der Arbeitskraft abhängig macht. Beträgt im obigen Beispiel die zusätzliche Wertabgabe der Maschine an das einzelne Produkt 9 Euro, dann würde sich ihr Einsatz für das Kapital rentieren: den zusätzlichen Kosten von 9 Euro würde eine Ersparnis von 10 Euro an Löhnen gegenüberstehen, die Produktionskosten je Produkt wären um einen Euro gesunken. Wäre der Wert der Arbeitskraft aber geringer, z. B. nur halb so groß, dann würden bei einer Stunde weniger Produktionszeit lediglich 5 Euro an Lohnkosten eingespart. In diesem Fall würden sich die Kosten des einzelnen Produkts bei Einsatz der

⁴⁵ Marx: Das Kapital. Erster Band. MEGA[®] II/6. S. 382; MEW. Bd. 23. S. 414.

neuen Maschine um 4 Euro erhöhen, die neue Maschine würde nicht eingesetzt werden. Marx betont diesen Zusammenhang unmittelbar nach der gerade zitierten Aussage:

„Da die Theilung des Arbeitstags in nothwendige Arbeit und Mehrarbeit in verschiedenen Ländern verschieden ist, ebenso in demselben Lande zu verschiedenen Perioden ... kann die Differenz zwischen dem Preise der Maschinerie und dem Preise der von ihr zu ersetzenden Arbeitskraft sehr variiren, wenn auch die Differenz zwischen dem zur Produktion der Maschine nöthigen Arbeitsquantum und dem Gesamtquantum der von ihr ersetzten Arbeit dieselbe bleibt. Es ist aber nur die erste Differenz, welche die Produktionskost der Waare für den Kapitalisten selbst bestimmt und ihn durch die Zwangsgesetze der Konkurrenz beeinflusst. Es werden daher heute Maschinen in England erfunden, die nur in Nordamerika angewandt werden ...“⁴⁶

Um so *geringer* der Wert der Arbeitskraft ist, um so *enger* ist die von Marx angesprochene Grenze für den Einsatz teurer Maschinerie. Ist der Lohn in England niedriger als in Nordamerika, dann ist es bei einigen Maschinen zwar rentabel, sie in Nordamerika einzusetzen, aber nicht in England.

Diese Überlegung hat auch Konsequenzen für die Debatte um den Profitratenfall. Wenn nämlich im Laufe kapitalistischer Produktivkraftentwicklung der Wert der Arbeitskraft sinkt, dann verringert sich damit auch der Spielraum, um den das konstante Kapital zunehmen kann. Das konstante Kapital wächst zwar, es kann aber gerade nicht in den Himmel wachsen, wie das oben gewählte Zahlenbeispiel zeigt. Allerdings hat Marx diese im ersten Band des „Kapitals“ formulierte Grenze für den Zuwachs des konstanten Kapitals im Manuskript zum dritten Buch nicht berücksichtigt. Ebenso wenig haben dies die Verteidiger des Marxschen „Gesetzes“ getan.

Okishio berücksichtigt diese Grenze. Er unterstellt, dass nur solche Techniken eingeführt werden, bei denen die zusätzliche Wertabgabe der Maschinerie an das Produkt kleiner ist als die eingesparten Lohnkosten. Führt zunächst ein einzelner Kapitalist eine solche Technik ein, erzielt er einen Extramehrwert. Es findet eine Preiskonkurrenz statt, bei der schließlich die ganze Branche zur Einführung der neuen Technik gezwungen wird. Als Resultat verändert sich der Marktwert des Produkts dieser Branche. Da dieses Produkt auch in die Produktion anderer Güter oder in die Reproduktion der Arbeitskraft eingeht, verändern sich auch deren Werte und als Resultat verändert sich die Durchschnittsprofitrate. Okishio hat nun keineswegs, wie es Henning darstellt, behauptet, die Durchschnittsprofitrate würde bereits steigen, weil ein einzelner

⁴⁶ Ebenda.

Anbieter mit einer höheren individuellen Profitrate produziert. Vielmehr verfolgt Okishio die ganze Kette der Wirkungen, die von der Einführung der neuen Technik ausgeht und berücksichtigt auch, dass auf kapitalistischen Märkten nicht zu Werten sondern zu „Produktionspreisen“ getauscht wird: Preise, die es den Einzelkapitalen erlauben, die gleiche Durchschnittsprofitrate zu erzielen.

Die „Verwandlung von Werten in Produktionspreise“, die Marx im zweiten Kapitel seines Manuskriptes (in der Edition von Engels im zweiten Abschnitt) behandelt, ist in der Diskussion über das „Kapital“ ebenfalls heftig umstritten. Marx selbst hatte schon darauf hingewiesen, dass die arithmetische Form, in der er diese Transformation vollzogen hat, strenggenommen falsch ist,⁴⁷ dann allerdings nicht nach einer korrekten Darstellung gesucht. In den Diskussionen des 20. Jahrhunderts wurden eine Reihe von korrigierten Fassungen vorgeschlagen und auf ihre Konsequenzen hin diskutiert, ohne dass diese Debatte zu einem abschließenden Ergebnis gekommen ist. Okishio verwendet eine Berechnung von Produktionspreisen und Durchschnittsprofitrate, die sich auf die stofflichen Verflechtungen der einzelnen Branchen stützt, und die auf das „neoricardianische“ Modell von Piero Sraffa zurückgeht⁴⁸. In mathematisch korrekter Weise zeigt er dann, dass unter der gemachten Voraussetzung (Einhaltung des Kostenkriteriums aus dem ersten Band des „Kapital“) und unter Berücksichtigung aller Rückwirkungen der Produktivkraftsteigerung, die neue Durchschnittsprofitrate *nicht kleiner* ist als die alte. Das Problematische an Okishios Argumentation besteht darin, dass er ausschließlich innerhalb eines neoricardianischen Produktionspreismodells argumentiert. Ob dieses Modell als korrigierte Fassung der Marxschen Produktionspreistheorie akzeptiert kann oder nicht, ist aber heftig umstritten.

Allerdings lässt sich die Grundidee von Okishio, d. h. die Berücksichtigung des Kostenkriteriums aus dem ersten Band bei der Diskussion des Profitratenfalls, auch auf der Ebene von Werten durchführen, wenn wir anstelle einer über Produktionspreise bestimmten Durchschnittsprofitrate die Veränderung der zu Werten bestimmten Profitrate betrachten. Auch hier zeigt sich, dass die Profitrate nicht fällt, wenn bei der Produktivkraftsteigerung das Kostenkriterium aus dem ersten Band eingehalten wird.⁴⁹

⁴⁷ Marx: Das Kapital. Drittes Buch. MEGA[®] II/4.2. S. 241/242; MEW. Bd. 25. S. 174.

⁴⁸ Piero Sraffa: Production of Commodities by Means of Commodities. Cambridge 1960 (dt.: Warenproduktion mittels Waren. Berlin [DDR] 1968).

⁴⁹ Einen einfachen formalen Beweis für diese Aussage habe ich in Heinrich: Wissenschaft vom Wert. S. 337–339 geliefert.

Profitratenfall und Krisentheorie

Von vielen Verteidigern des Marxschen „Gesetzes vom tendenziellen Fall der Profitrate“, wird diesem Gesetz eine entscheidende Bedeutung für die Marxsche Krisentheorie zugesprochen. Henning macht da keine Ausnahme, das Marxsche Gesetz gilt ihm als „Kernstück der Krisentheorie“. Wie der Profitratenfall eine Krise bewirken soll, bleibt aber weitgehend im Dunkeln. Bei Henning heißt es dazu:

„Gesellschaftlich allerdings kann dieses Sinken der Rate bewirken, dass irgendwann die Investitionstätigkeit erliegt, da sich eine Investition bei zu geringen erwartbaren Profitraten nicht mehr lohnt.“⁵⁰

Abgesehen davon, dass Henning lediglich ein vages „kann“ formuliert, das „irgendwann“ vielleicht einmal eintritt – womit lediglich die unbestimmte Möglichkeit einer Krise gezeigt wäre – bleibt vor allem der Krisenmechanismus im Dunkeln: es würde nicht mehr investiert werden, weil die Profitraten „zu gering“ seien? Was aber ist der Maßstab für einen „zu geringen“ Profit? Sind fünf Prozent zu gering, aber zehn Prozent gerade noch ausreichend?

„Zu niedrig“ ist eine Profitrate in der kapitalistischen Konkurrenz immer nur im Vergleich zur Durchschnittsprofitrate, das heißt im Vergleich zu einer *anderen Möglichkeit* der Investition. Zwei Prozent sind zu niedrig, wenn die Möglichkeit besteht, fünf Prozent zu erreichen; fünf Prozent sind zu niedrig, wenn die Möglichkeit besteht, zehn Prozent zu bekommen. Wann aber ist die Durchschnittsprofitrate so „niedrig“, dass gar nicht mehr investiert würde? Warum sollen die Null Prozent, die durch Nicht-Investieren erreicht werden, besser sein als die „niedrige“ Verwertung, die eine Investition verspricht? Bei Henning finden wir auf diese Fragen keine Antwort.

Die Investitionstätigkeit unterliegt in einer kapitalistischen Ökonomie starken Schwankungen. Selbst wenn ausreichend zusätzliches Kapital vorhanden ist, können die Investitionen zurückgehen, wenn es entweder profitable Alternativen gibt, z. B. Anlagemöglichkeiten an den Finanzmärkten (deren Zustandekommen, dann aber erklärt werden müsste) oder wenn die Unternehmer eine zukünftige Verbesserung der Verwertungssituation erwarten, sie eine niedrige Profitrate also nur als vorübergehendes Phänomen einschätzen. Der Verweis auf niedrigere Profitraten *allein* reicht jedenfalls nicht aus, um schlüssig zu begründen, dass es „irgendwann“ einmal zu einer Krise kommt.

⁵⁰ Henning: Übersetzungsprobleme. S. 69.

Wie steht es nun aber um die Marxsche Krisentheorie, ist sie tatsächlich so abhängig vom Marxschen Profitratengesetz? Zumindest aufgrund der Engelschen Edition des dritten Bandes kann man zur Auffassung kommen, dass Marx die Krisentheorie als Konsequenz seines „Gesetzes vom tendenziellen Fall der Profitrate“ konzipiert, wenn auch nicht vollendet hat. Marx' Überlegungen zur Krisentheorie haben sich, seit er 1857 mit der Ausarbeitung seiner Kritik der politischen Ökonomie begann, sowohl inhaltlich als auch hinsichtlich ihrer methodischen Bedeutung mehrfach verändert.⁵¹ Aber nirgendwo in den verschiedenen Planentwürfen und Überlegungen zum kategorialen Aufbau seines Werkes findet sich ein Hinweis darauf, dass er die Krisentheorie mit dem Profitratengesetz verkoppeln wollte.

Im Marxschen Hauptmanuskript zum dritten Buch erscheint der Bezug der krisentheoretischen Überlegungen zum Profitratengesetz denn auch weit weniger eng als in der Bearbeitung durch Engels. Bei der Darstellung des „Gesetzes als solchen“ und der „Entgegenwirkenden Ursachen“, also den Kapiteln 13 und 14 in der Ausgabe von Engels, ist zwar auch klar, dass die Marxsche Darstellung noch längst nicht fertig ist, doch lässt sich die Linie der Argumentation recht gut erkennen. Danach läuft der Marxsche Text jedoch in eine Fülle von einzelnen Bemerkungen, Gedankengänge, die plötzlich abbrechen, und unvermittelte Neuansätze aus. Ein solcher Umschlag ist für die Marxschen Manuskripte keineswegs untypisch. Ein Text, der die endgültige Darstellung eines bereits weitgehend erfassten und gedanklich verarbeiteten Stoffes vorbereiten soll, geht über in das Protokoll eines noch un abgeschlossenen Forschungsprozesses, bei dem Marx noch mitten in der Durcharbeitung des Stoffes steckt und die endgültige Darstellung noch nicht einmal im Umriss klar ist. Einen solchen Charakter haben auch die krisentheoretischen Erwägungen am Ende des dritten Kapitels des Marxschen Manuskriptes. Engels, der vor allem einen lesbaren Text herstellen und möglichst viel von dem Stoff präsentieren wollte, den Marx behandelt hatte, bearbeitete diese krisentheoretischen Überlegungen daher sehr stark. Indem er das, was er im Manuskript vorfand, untergliedert, umstellt, kürzt und teilweise umformuliert, wird dessen spezifischer Charakter, Protokoll eines Forschungsprozesses zu sein, weitgehend unkenntlich. Bei den Lesern entsteht der Eindruck, den Ansatz einer Krisentheorie zu sehen, die zwar noch unfertig ist, die aber zumindest ihren endgültigen Platz im kategorialen Aufbau der Kritik der politischen Ökonomie gefunden hat. Dieser Eindruck wird durch das Marxsche Manuskript aber keineswegs gestützt.

⁵¹ Ausführlich behandle ich die Entwicklung der Marxschen Krisentheorie in Heinrich: Wissenschaft vom Wert. S. 341–370.

Wendet man sich nun dem Text im Detail zu, so stellt man fest (was auch noch in der Bearbeitung von Engels sichtbar ist), dass es sich um ganz unterschiedliche krisentheoretische Ansätze handelt, von denen lediglich einer wirklich an den Profitratenfall anknüpft. Die anderen Ansätze beinhalten dagegen krisentheoretische Überlegungen, die unabhängig von der Gültigkeit des Marxschen Profitratengesetzes sind. Wie sich daraus eine Krisentheorie entwickeln lässt, habe ich an verschiedenen Stellen diskutiert.⁵² Im Zentrum steht dabei die Marxsche Überlegung, dass die Bedingungen, unter denen die kapitalistische Produktion einerseits und die kapitalistische Zirkulation andererseits stattfinden, nicht bloß zufällig und vorübergehend sondern systematisch auseinander fallen und sich widersprechen.⁵³ Während die kapitalistische Produktion eine Tendenz zur Ausweitung aufweist, da die Produktivkraftentwicklung Akkumulation erfordert, unterliegt die Zirkulation systematischen Einschränkungen: es wird die Konsumtion der Arbeiterklasse eingeschränkt (das Kapital versucht die Zahl der Beschäftigten wie auch deren Lohn zu begrenzen) und die Investitionsnachfrage unterliegt wie schon weiter oben angedeutet starken Schwankungen. Das Resultat dieser gegenläufigen Entwicklungen ist eine Tendenz zur Überproduktion, die zu periodischen Krisenprozessen, zyklischen als auch überzyklischen, führt. Geht man jedoch ins Detail, wird deutlich, dass sich Investitionsnachfrage und Akkumulationsprozesse nicht ohne die Berücksichtigung des Kreditsystems analysieren lassen. Daher lassen sich Krisenprozesse auch nicht schon auf der im dritten Kapitel des Marxschen Manuskriptes erreichten Darstellungsebene bestimmen, sondern erst im Anschluss an die Untersuchung des zinstragenden Kapitals und des Kreditsystems.⁵⁴ Daher erscheint es mir plausibel, dass sich die Krisentheorie erst nach dem fünften Kapitel (in Engels' Edition dem fünften Abschnitt) des dritten Buches adäquat entwickeln lässt. Aber gerade in diesem fünften Kapitel blieb Marx an entscheidenden Stellen hängen und brach die Darstellung ab.⁵⁵ Es finden sich in

⁵² Ebenda S. 365–370; Heinrich: Kritik. S. 169–175. Henning schreibt dazu: „Michael Heinrich will eine Krisentheorie ohne den tendenziellen Fall der Profitrate und verlässt sich dafür auf den reichlich vagen ‚bormierten Charakter der kapitalistischen Produktionsweise‘“ (Henning: Übersetzungsprobleme. S. 67. Fußnote 10). Schlägt man die bei ihm angegebene Quelle (Heinrich: Kritik. S. 153) nach, wird man feststellen, dass sich dort zwar die von Henning in Anführungszeichen gesetzte Wendung findet, aber keineswegs als Begründung für eine Krisentheorie.

⁵³ Siehe MEGA II/4.2. S. 312/13; MEW. Bd. 25. S. 254/55.

⁵⁴ Dies wurde von Marx auch in der Überarbeitung des ersten Bandes berücksichtigt. Für die französische Übersetzung überarbeitete er vor allem den Akkumulationsabschnitt und nahm unter anderem Hinweise auf den Zusammenhang von Akkumulation und Kredit auf, die dann von Engels in die dritte und vierte deutsche Auflage übernommen wurden.

⁵⁵ Im fünften Kapitel unternahm Engels die meisten und weitreichendsten Eingriffe. Während sich

diesem Kapitel zwar weitere Hinweise zur Krisentheorie, aber längst keine Ausarbeitung.

Resümee

Wie bereits in Abschnitt 2 angemerkt wurde, analysiert Marx im „Kapital“ nicht den Kapitalismus in einem bestimmten Land oder einer bestimmten Periode, sondern „die innere Organisation der capitalistischen Produktionsweise, so zu sagen in ihrem idealen Durchschnitt“⁵⁶. Die Debatte über das von Marx formulierte „Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate“ zeigte, dass sich dieses Gesetz auf jener hochabstrakten Ebene der Darstellung nicht schlüssig begründen lässt. Damit ist nicht gesagt, dass die Profitrate nicht fallen könnte. Was nicht gezeigt werden kann, ist lediglich die behauptete *Unausweichlichkeit* des Profitratenfalls.

Die Kritik an dem „Gesetz“ schließt auch nicht aus, dass sich auf weniger abstrakten Darstellungsebenen, die *besondere* Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise während einer bestimmten Periode und eben nicht nur den idealen Durchschnitt berücksichtigen, eventuell etwas Allgemeines über die Profitratenbewegung aussagen ließe. Nur hätten solche Aussagen dann eine weit geringere Reichweite als das von Marx formulierte Gesetz: sie würden nur so lange Gültigkeit besitzen, wie diese besonderen Bedingungen vorliegen.

Wie die Diskussionen über das Marxsche Profitratengesetz deutlich machten, fällt es vielen der Beteiligten offensichtlich äußerst schwer, sich von der Vorstellung zu lösen, mit Marx im Rücken, die zukünftige Entwicklung des Kapitalismus zumindest im Umriss schon zu kennen; die Gewissheit zu haben, dass der Kapitalismus auf eine Sackgasse zusteuert, aus der es keinen Ausweg gibt. In der Geschichte der Arbeiterbewegung hat sich diese vorgebliche Sicherheit schon häufiger recht negativ ausgewirkt und zur Unterschätzung der Flexibilität und Entwicklungsfähigkeit des Kapitalismus beigetragen.

Für die grundsätzliche Frage jedoch, ob Markt und Kapitalismus eine für die Menschheit adäquate Form der Organisation von Produktion und Konsum darstellen, ist die Begrenztheit dessen, was wir über den zukünftigen Profitatenverlauf wissen können, nicht entscheidend. Denn die Destruktionskräfte des

die Kapitel 21 bis 24 der Engelsschen Edition noch relativ eng an die Darstellung im Marxschen Manuskript anlehnen, wird die Marxsche Darstellung ab dem 25. Kapitel vollständig umgebaut. Will man die *Marxsche* Kredittheorie ernsthaft diskutieren, muss man sich daher auf das Marxsche Originalmanuskript in MEGA[®] II/4.2 beziehen.

⁵⁶ Marx: Das Kapital. Drittes Buch. MEGA[®] II/4.2. S. 852; MEW. Bd. 25. S. 839.

Kapitalismus, die Marx an vielen Stellen zum Thema seiner Analyse machte, beginnen nicht erst mit einem (gesetzmäßigen) Fall der Profitrate und den daraus resultierenden Problemen, sie sind auch dem ganz „normalen“ Funktionieren des Kapitalismus inhärent.⁵⁷

⁵⁷ Man lese etwa das 8., das 13. oder das 23. Kapitel des ersten Bandes des „Kapitals“, wo Marx die Darstellung dieser nicht nur vorübergehenden, sondern systematisch, aus dem Prinzip der Kapitalverwertung entspringenden Destruktionskräfte gelingt, ohne dass irgend ein Bezug auf das Profitratengesetz notwendig wäre.